

Zeitschrift: Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen
Herausgeber: Verein Aktiver Staatsbürgerinnen
Band: 23 (1967)
Heft: 9-10

Artikel: Vom 21. Dreijahreskongress der IAW : 1. bis 10. August 1967 London, Wimbledon; College for Education
Autor: L.B.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-845987>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Vom 21. Dreijahreskongress der IAW

1. bis 10. August 1967 London, Wimbledon; College for Education

Die Schweizerin im Mittelpunkt einer internationalen Erklärung

Schweden, das seiner Neutralität wegen öfters mit der Schweiz verglichen wird, ist nicht nur Mitglied der Uno, das in internationalen Schwierigkeiten jeweils spontan seine Hilfe anbietet — es ist auch ein *emanzipiertes* Land, in dem die Frauen wohl am erfolgreichsten berufliche Karriere und häusliches Glück zu vereinbaren vermochten. Als letzten Sommer in Stockholm die Ausstellung über Königin Christine, die als die erste emanzipierte Frau in die Geschichte einging, eröffnet wurde, erging an alle europäischen Länder eine Einladung, eine ihrer prominentesten Frauen nach Stockholm zu delegieren. Die Schweiz wurde übergangen — aus sehr verständlichen Gründen. Erst auf Intervention von schweizerischer Seite kam die Einladung doch noch zustande. Man entschloss sich, eine Vertreterin der drei welschen Kantone zu bestimmen, die auf Gemeinde- und Kantonebene politische Rechte besitzt.

Am 21. Dreijahreskongress des *Internationalen Frauenverbandes* (International Alliance of Woman) waren es wiederum *schwedische Frauenverbände*, die zur Situation der Schweizerin in politischer Hinsicht Stellung bezogen; in einer *Erklärung* wurden die negativen Abstimmungen zur Einführung des Frauenstimmrechts in den Kantonen Tessin, Zürich und Schaffhausen sehr bedauert, zugleich Bewunderung für alle jene Frauen und Männer ausgesprochen, die sich unentwegt für die politische Gleichberechtigung der Schweizerin einsetzen. Der Applaus hielt lange an. Die elf Schweizerinnen, die als Delegierte dem Kongress beiwohnten, sassen irgendwie beschämt auf ihren Stühlen und wurden zugleich von dieser Sympathiewelle getragen. Die Asiatinnen und Afrikanerinnen haben zum Teil ihre politischen Rechte erst vor kurzem erhalten, als ihre Länder unabhängig wurden; aber sie waren gleichzeitig mit ihren Männern politisch mündig geworden, und das gibt ihnen ein strahlendes Selbstbewusstsein; im einen oder andern Fall hatten auch sie für die Unabhängigkeit gelitten und fühlen sich jetzt mitverantwortlich für die grossen noch zu lösenden Aufgaben der Gegenwart und Zukunft.

Die *International Alliance of Women* (IAW) wurde 1904 als internationaler Frauenstimmrechtsverband in Berlin auf Initiative von Susan B. Anthony und anderer Amerikanerinnen gegründet. Da nach dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg in den meisten Staaten die Frauen politische Rechte erhielten, wurde der Name abgeändert in „Internationaler Frauenverband“, mit dem Untertitel: Gleiche Rechte — gleiche Verantwortung. Das Sekretariat befindet sich in London. Präsidentin ist Begum *Anwar G. Ahmed aus Pakistan*, die für eine weitere Amtsdauer von drei Jahren ehrenvoll bestätigt wurde. Die IAW hatte sich in den letzten Jahren vor allem mit den Entwicklungsländern befasst und Seminare für die Frauen durchgeführt, so in Nigeria, Liberia und Sierra Leone.

Jetzt geht es darum, das staatsbürgerliche Interesse zu fördern, um vermehrt Frauen in die lokalen Behörden und Parlamente zu gewinnen; die gleichen Berufs- und Bildungsmöglichkeiten stehen vielerorts nur auf dem Papier. Auch in afrikanischen Staaten geht die hauswirtschaftliche Schulung der Mädchen auf Kosten mathematischer Fächer, wie z.B. auch in der Schweiz auf Primarschulstufe (die Buben rechnen, während die Mädchen stricken), *anstatt* in gedrängter Form *zusätzlich* und im richtigen Alter.

Als NGO (nicht gouvernementale Organisation) hat die IAW ständige Beobachter bei der Uno, Unesco und ILO. Einem entsprechenden Aufnahmegesuch beim Europarat dürfte diesen Herbst entsprochen werden. Die Präsidentin des Schweizerischen Verbandes für Frauenstimmrecht, *Dr. Lotti Ruckstuhl* (Wil), die seit drei Jahren dem Vorstand angehört, erläuterte die Gründe, die es der Schweiz verunmöglichen, die Menschenrechtskonvention ohne Vorbehalt zu unterschreiben. Müsste man nicht das Vertrauen in das Europa von morgen verlieren, wenn ein Land, das der Hälfte seiner Bevölkerung das politische Mitspracherecht verweigert, eine so wichtige Verpflichtung leichten Herzens unterschriebe?

Bei der Kongressarbeit und im privaten Gespräch zwischen den 250 Delegierten aus vierzig Nationen aller fünf Kontinente wurde immer wieder deutlich, dass vor allem die Tradition sich hemmend auf die Entwicklung von Mann und Frau auswirkt. Neue, geradezu revolutionäre Ideen wurden von jungen Kongressteilnehmerinnen — wiederum aus dem Norden: Schweden und Dänemark — entwickelt. In allen Ländern sollten Jugendgruppen von Mädchen, jungen Frauen und Männern gegründet werden im Alter von durchschnittlich höchstens dreissig Jahren, um eine Bewegung für eine neue Struktur der Familie auszulösen, in der Mann und Frau ihre Rolle *sowohl* im Berufsleben *als auch* in der Familie übernehmen. Nicht der Frau allein soll eine Doppelrolle durch Berufsausbildung und Familienpflichten aufgebürdet werden; der Mann soll seine Verantwortung in der Familie mit der nötigen Ausbildung übernehmen. Wenn Teilzeitarbeit für Männer *und* Frauen eingeführt werde, könnten auch die Männer mehr Zeit für die Familie erübrigen. Im dänischen Frauenverband seien übrigens jetzt schon ein Drittel Männer!

Selbstverständlich verlangen diese jungen Teilnehmerinnen eine getrennte Besteuerung der Eheleute, denn Frauenarbeit ist eine positive Leistung für die Allgemeinheit und soll nicht durch steuerliche Belastung (höhere Progressionsstufe) jeglichen Anreiz verlieren.

In den Resolutionen der fünf ständigen Kommissionen werden gleiche zivile, soziale, ökonomische und politische Rechte verlangt, ebenso gleiche Bildungs- und Berufsmöglichkeiten. Man erwartet, dass das Jahr der Menschenrechte 1968 zu einem mächtigen Auftrieb werde, jegliche Diskriminierung von Menschen, Männern und Frauen, in der Gesetzgebung und im praktischen Alltag auszuschalten. L.B.